

Artikel vom 02.03.2018

Drohende Absiedlung der DEULA aus Freising

Drohende Absiedlung der DEULA aus Freising

Stellungnahme des CSU-Ortsverbandes Freising zum Thema „Drohende Absiedlung der DEULA aus Freising“

Mit Erschrecken haben wir zur Kenntnis genommen, dass die DEULA Bayern förmlich dazu gezwungen ist, den Standort Freising in Teilen aufzugeben. Die Gründe hierfür wurden in der Presseberichterstattung vom 01.03.2018 näher erläutert.

Es entspricht jedoch nicht der Vorstellung der CSU-Ortsvorstandschaft Freising von vorausschauender städtischer Strukturpolitik, dass eine etablierte Schulungseinrichtung, die jungen Menschen die überbetriebliche Ausbildung in den Fachrichtungen Landwirtschaft und Landschaftsbau ermöglicht, kein passendes Grundstück bzw. scheinbar nicht die volle Unterstützung der Stadt erhält. Das Grundstück an der Wippenhauser Straße befindet sich im Besitz der DEULA. Wäre es nicht sinnvoller, die Stadt – die bekanntermaßen unter enormem Wohnungsdruck leidet – würde eine Wohnbebauung für Studenten und Staatsbedienstete in vollem Umfang der vorhandenen Fläche von 1,6 Ha genehmigen? Es ist ein Unding, dass nur ca. 0,8 Ha als Wohnfläche überbaut werden dürfen, da es sich um eine wissenschaftliche Forschungsfläche handelt.

Erhielte die DEULA Baurecht für eine Wohnbebauung in vollem Umfang auf dem eigenen Grundstück und ein Investor realisiert in der Folge an diesem Standort, wie oben erwähnt, Staatsbediensteten- und Studentenwohnungen, so könnte die DEULA einerseits die Wohnungssituation in der Stadt Freising entlasten, sich andererseits durch einen Verkauf des Grundstücks mittels der generierten Einnahmen aber auch ca. 2 Ha Grund z.B. in den Clemensänger oder in einem anderen Freisinger Gewerbegebiet leisten und einen für ihre Bedürfnisse angemessenen sowie zukunftssträchtigen Neubau realisieren und somit den Standort Freising in Gänze erhalten.

Wir sehen in diesem Punkt eine Win-Win-Situation für die Stadt Freising, die DEULA und auch deren Angestellte. Darüber gilt es schnellstmöglich nachzudenken.

Uns scheint es jedoch in letzter Zeit vielmehr so, dass, durch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne beeinflusst, die Verantwortlichen der Stadt Freising und an vorderster Front Oberbürgermeister Eschenbacher eher bereit sind, einem Verein, der lediglich eine bestimmte Art der Subkultur unterstützt, ein Grundstück zur Verfügung zu stellen, anstatt einer Bildungseinrichtung das Baurecht zu erteilen und damit ihr Überleben am Standort Freising zu sichern.